



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/ZV/173 - 2. August 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0936 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

1

Ohruschchows UKO-Vorstoß

38

Keuer Ritt in die Gefilde der Weltpopularität?

2

Hammarckjöld

16

"Um den Frieden in der Welt verdient gemacht"

2

Altrentner dürfen nicht benachteiligt werden

16

Begrüßenswerte Solidaritätsaktion des DGB

3 - 4

Alljährliche Versorgungskrise

82

In allen Ostblockstaaten sind die Erntearbeiten  
im Rückstand

Von Rudolf Hornig

5 - 6 Sozialdemokraten in der Verantwortung

Aufbauleistungen in deutschen Städten

Hagen - Pforte des Sauerlandes

80

Von Oberbürgermeister Helmut Turck

\* \* \* \*

Zur Beachtung:

Wir veröffentlichen in unserer Mittwoch-Ausgabe einen Grundsatz-  
artikel von Waldemar von K r o e r i n g e n mit dem Titel:

"Mut zum Umdenken"

\* \* \*

### Chruschtschows UNO-Vorstoß

#### Neuer Ritt in die Gefilde der Weltpopularität?

sp - Wenn Moskau vorachlägt, das ganze Abrüstungsproblem im September vor der Vollversammlung der UNO in Anwesenheit von 62 Regierungschefs zu diskutieren, dann könnte es hierfür folgende Gründe geben:

- 1) Chruschtschow rechnet damit, daß die jüngst unabhängig gewordenen Staaten als neue UNO-Mitglieder der Abrüstungsdiskussion vor einem solchen riesigen Forum eine Richtung geben, die den Interessen der Sowjetunion entgegenkommt.
- 2) Chruschtschow wird von seiner "inneren Opposition" gedrängt, vor der Weltöffentlichkeit als derjenige aufzutreten, der trotz des Scheiterns der Gipfelkonferenz die Initiative für eine weltweite Abrüstung in der Hand behält.
- 3) Chruschtschow will zunächst eine Generaldebatte, um anschließend daran mit stärkerem Gewicht - und vielleicht mit Unterstützung neutraler Staaten - die Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen betreiben zu können.

Alles dies wären spektakuläre Aktionen. Würde es Chruschtschow um die Sache der Abrüstung selbst gehen, dann könnte er seiner Genfer Delegation die Anordnung zur Fortsetzung der bisherigen Abrüstungsverhandlungen des UNO-Unterausschusses geben. Über dieses Stadium der sachlichen Erörterung scheint Chruschtschow jedoch hinaus zu sein. Er will die "Große Show", nachdem seine Ratgeber ohne Zweifel festgestellt haben, daß Chruschtschows Verhalten während der Pariser Gipfelkonferenz der Sowjetunion keine Sympathien eingebracht hat.

Vom deutschen Standpunkt aus könnte die Wiederbelebung einer wirklichen Abrüstungsdiskussion nur zu begrüßen sein. Hierbei gilt es jedoch als Selbstverständlichkeit, daß jedwede Abrüstungsmaßnahme im Rahmen der Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik geprüft werden müßte. Außerdem ist klarzustellen, daß die Abrüstung nur einen Sinn hat, wenn sie auf der Grundlage der Gleichwertigkeit erfolgt und effektive Kontrollmöglichkeiten einschließt.

Kein Interesse kann die Bundesrepublik daran haben - weder von der Sache noch von der politischen Position her -, Chruschtschow den Steigbügel für einen neuen Ritt in die Gefilde der Weltpopularität zu halten. Dazu hat sich dieser Mann in letzter Zeit allzu unberechenbar aufgeführt.

Hammar skjöld

sp - Es ist wohl in den letzten Wochen kein Name so häufig genannt worden wie der des UNO-Generalsekretärs Hammar skjöld. Auf diesen Mann konzentriert sich in wahrstem Sinne des Wortes die Hoffnung aller jener Menschen, die in den Vereinten Nationen mehr erblicken als eine lose Organisation von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschafts- und Wirtschaftsform. Der Schwede Hammar skjöld hat seit Ausbruch der Krise am Kongo mit Umsicht und Takt, aber auch mit bewundernswerter Energie die verwirrten Fäden der Weltpolitik zu ordnen versucht. Man muß es ihm lassen: Angesichts der explosiven Möglichkeiten, die in dieser Krise lagen und noch liegen, hat Hammar skjöld eine große Leistung vollbracht. Unerwädlich schaltete er sich ein, führte auseinanderstrebende Elemente zusammen, bereitete überraschende Kompromisse vor und half damit der Vernunft zum Durchbruch. Hammar skjöld ist Schwede, der große Sohn eines kleinen neutralen Landes. Schweden kann auf diesen Mann stolz sein; er hat sich nicht nur um sein Vaterland, sondern um den Frieden in der Welt verdient gemacht.

+ + +

Altenrenten dürfen nicht benachteiligt werden

sp - Von den Gewerkschaftsgegnern wird häufig behauptet, der DGB und die Industriegewerkschaften kümmern sich nur um das Wohlergehen der noch in Arbeit stehenden Menschen. Diese Behauptung ist ebenso falsch, wie vieles andere, was gelegentlich über die Gewerkschaften gesagt wird. Jetzt hat der DGB die Bundesregierung aufgefordert, in diesem Jahre endlich die unterschiedliche Behandlung der bereits bestehenden und der neu hinzukommenden Sozialrenten zu beseitigen. Bisher hat nämlich der Gesetzgeber die Altersrenten immer nur mit einjähriger Verzögerung angepaßt. Diese Initiative des DGB ist sehr zu begrüßen, da in einem wirklichen sozialen Staat für jeden aus dem Produktionsprozeß Ausgeschiedenen die Gewähr bestehen müßte, daß er mit seiner Rente nicht durch Preissteigerungen - wie z.B. jetzt bei den Mieterhöhungen - überrollt wird. Gleichzeitig hat der DGB mit seinem Vorstoß erneut die Solidarität seiner im Produktionsprozeß stehenden Mitglieder mit denjenigen Gruppen unserer Bevölkerung betont, die auf Renten angewiesen sind.

+ + +

## Alljährliche Versorgungskrise

Von Rudolf Hornig

In den Sommermonaten wiederholt sich seit Jahren die gleiche Erscheinung: aus einem Moskauer Satellitenland nach dem anderen treffen mit dem jeweiligen zeitlichen Ablauf der Ernte Meldungen darüber ein, dass sich die Erntearbeiter im Rückstand befinden und dass an die Industriearbeiter und die Stadtbevölkerung appelliert werden muss, bei den Erntearbeiten Hand anzulegen. Wie alljährlich war auch in diesem Sommer zuerst Bulgarien an der Reihe, dann kamen ähnliche Nachrichten aus Ungarn, es blieb auch die tschechoslowakische nicht aus und es folgten schließlich in den letzten Tagen Polen und die Sowjetunion. In diesem Jahr gibt es eine Kritik an der ungenügenden Vorbereitung der Ernte auch in der Sowjetunion, wobei allerdings die Zeitung "Selskaja Zaim" (Der Bauer) nur die neuerschlossenen Agrargebiete in Sibirien aufs Korn nahm und bemängelte, dass in Nord-Kasachstan vor Beginn der Ernte noch die Hälfte der Erntemaschinen auf eine Reparatur hinarbeiten müssen.

### "Urlaub" in den Kolchosen

In Bulgarien waren die Verhältnisse Anfang Juli so verfahren, dass der bulgarische Ministerpräsident Anton Jugow in einem Appell dekretierte, dass in den landwirtschaftlichen Gegenden jeder einsetzsfähige Mann, jede Frau und jedes Kind zu den Erntearbeiten herangezogen werden müsste und dass während der Ernte der achtstündentag nicht zu gelten hätte. Dieser Appell betraf bei der überwiegend landwirtschaftlichen Struktur Bulgariens praktisch das ganze Land. Nur wenige Tage später wurde im Rundfunk "an die ganze Nation" appelliert, der Landwirtschaft bei der Überwindung der Ernteschwierigkeiten zu helfen. Alle wurden zum "praktischen Mitarbeiten" aufgefordert, ideologische oder moralische Hilfe wurde als wirkungsvoll erklärt. Die Industriearbeiter und die Städter sollten einen Teil ihres Urlaubs in den Kolchosen verbringen und bei der Ernte mithelfen.

### Organisatorisches Durcheinander

In der Tschechoslowakei und in Polen haben in grossen Teilen schwere Wolkenbrüche und Aberechnungen die Erntearbeiten stark behindert. In anderen Gebieten wiederum hatten die Nationalausschüsse der Bezirke, wie das Prager "Rude Pravo" tadelnd festgestellt hat, die notwendigen Massnahmen für die Ernte nicht einmal diskutiert, so dass ein organisatorisches Durcheinander entstand. In der Slowakei wiederum wurde laut Radio Bratislava von den Bauern so langsam gearbeitet, als hätten sie für die Einbringung der Ernte "genügend Zeit". In Polen sind zu den Wolkenbrüchen Anfang Juli weitere schwere Regenfälle in der zweiten Jahreshälfte besonders in den südlichen Teilen des Landes hinzugekommen, so dass einige Gebiete

entlang der oberen Weichsel und über Oberschlesien wurden. Überdies wird der Bürokratie der Vorwurf gemacht, dass sie nicht nur die Geweidereisenerarbeiten erschwere, sondern auch gegen den Kartoffelkäfer nicht genügend Abwehrmittel zur Verfügung gestellt habe, so dass auch noch die Kartoffelernte (für Polen eine Lebensfrage der Versorgung) ernstlich bedroht sei.

#### Zu wenig landwirtschaftliche Maschinen

Dass in der Sowjetzone der Versorgungsangel immer größer wird und der Apparat des Ulbrichtregimes nach der überkasteten Kollektivierung dem Ernteproblem nicht gewachsen ist, wird täglich durch neue alarmierende Nachrichten aus der Zone erhärtet. Wesentlich über weichen, und zwar nicht nur in der Sowjetzone, auch in diesem Sommer die Erntearbeiten dadurch massgebend erschwert, dass die Kollektivierung nicht von der zugesagten Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeiten begleitet wird, weil nicht genügend landwirtschaftliche Maschinen vorhanden sind. Immer noch nicht, obwohl alljährlich nach dem Ernterumlauf überall geradezu feierliche Zusagen gegeben wurden, "bis zur nächsten Ernte" das Manko an derartigen Maschinen aufzuheben. Man hat in den Satellitenländern Maschus die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen neu eingestellt, doch hat in allen in Frage kommenden Ländern die Schwerindustrie auch weiterhin den Vorrang und so sind nicht einmal genügend Investitionsmittel vorhanden, um die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen entsprechend den gemessenen Flächen und dem Bedarf anzukurbeln.

#### Folge der "Exportoffensive"

Dazu kommt noch, dass die Exportoffensive des Westblocks nach Westen und in die unterentwickelten Länder in Afrika und Asien zu einem Grossteil mit landwirtschaftlichen Maschinen geführt worden mass und dass sich die Sowjetunion an diesem Exportwettbewerb kaum ernstlich beteiligt. Sie kann immerhin darauf hinweisen, dass sie in stärkerem Masse als die anderen, China mit landwirtschaftlichen Maschinen versorgen mass und in einem Leistungswettbewerb mit den USA angetreten ist. Die Rechnung bezahlen dabei die Landwirtschaften in den europäischen Satellitenländern, die vor dem Kriege grosse Überschüsse erzielten und jetzt, 15 Jahre nach Kriegsschluss, alljährlich dazu gezwungen sind, einen richtigen Ernte-Sammel zu veranstalten, um für die Versorgung unzureichende Ernten notdürftig unter Dach zu bringen.

### Hagen - Pforte des Sauerlandes

Von Oberbürgermeister Helmut Turek

Die Stadt Hagen, allgemein als Pforte des Sauerlandes bekannt, liegt in reizvoller Landschaft in den Tälern der Ruhr, Volme, Lenne und Rhinepe. Aus der zentralen Lage zwischen dem Ruhrgebiet und dem Sauerland ergibt sich die besondere Bedeutung der Stadt als Verkehrsknotenpunkt für die Bundesbahn und den Straßenverkehr. Diese Tatsache und die industrielle Struktur der Stadt (eisenschaffende und eisenvorarbeitende Industrie) waren möglicherweise mit ein Grund für die vielen Luftangriffe, die Zerstörungen grössten Ausmasses anrichteten. Die Innenstadt wurde zu 98 Prozent kriegszerstört. Infolgedessen ging die Einwohnerzahl von 150 000 im Jahre 1939 auf 108 000 im Jahre 1945 zurück, stieg aber bis 1960 auf rd. 155 000.

Die Stadt zog für den Wiederaufbau die notwendigen Konsequenzen und legte als eine der ersten westdeutschen Grossstädte einen Neuordnungsplan vor. An dessen Verwirklichung wurde seit 1948 intensiv gearbeitet, so dass die Schlusphase des Wiederaufbaues inzwischen begonnen hat. Daroben wurde nicht übersehen, den infolge der Versäumnisse in der Zeit bis 1945 entstandenen Nachholbedarf sowie den durch das Wachsen der Stadt um mehr als 40 000 Einwohner entvorderen neuen Bedarf so weit wie möglich zu decken. Auch das kann als gelungen angesehen werden, wofür als Beispiel dienen mag, dass in der Stadt Hagen seit mehreren Jahren der Schichtunterricht in den Volksschulen besichert ist, obwohl andererseits grosse hauschwierigkeiten bestehen.

Allerdings karzt das dringendste Problem immer noch einer umfassenden Lösung, nämlich die Beseitigung der Wohnungsnot. Der Wohnungsamt hat rund 9 000 wohnungsuchende Familien mit rund 30 000 Personen registriert. Trotz aller Bemühungen ist es bis heute nicht gelungen, diese Familien menschenwürdig unterzubringen, obwohl die Stadt Hagen alles in ihren Kräften stehende getan hat, um aus eigenen Mitteln an bestimmten Schwerepunkten die unzureichenden staatlichen Massnahmen wesentlich zu verstärken und zu ergänzen. So wurde aus städtischen Mitteln für den Bau von Wohnungen für Einkommensschwache in den letzten vier Jahren rund 3,5 Millionen DM aufgewandt. Die gesamten Leistungen der Stadt für den Wohnungsbau seit 1956 betragen rund 15 Millionen DM, davon sind etwa die Hälfte Grundsteuerausfälle. Daneben wurde nochmals der gleiche Betrag für Aufschliessungsmassnahmen (Gründerverb, Kanal- und Strassenbau) aufgewendet.

Es ist aber auch alles Notwendige für die Versorgung der Bevölkerung getan worden. So hat zum Beispiel in den vergangenen trockenen Sommer zu keinem Zeitpunkt die Gefahr eines Wassermangels bestanden. Das war das Ergebnis einer auf lange Sicht

abgestellten Kommunalpolitik: Eine in den Bergen gelegene Teilsperre wurde durch eine 15 km lange und 500 mm starke Leitung mit einem Ruhrstausee verbunden, so dass immer ein Ausgleich geschaffen werden konnte, je nach dem, an welcher Stelle gerade das meiste Wasser vorhanden war. Auch die durch den Bau der Bundesautobahnen notwendigen städtischen Strassenbaumaßnahmen, die eine außerordentlich starke finanzielle Belastung ergaben, sind reibungslos und termingerecht durchgeführt worden. Die Stadt hat jetzt zwei Auffahrten. Sie wird aber noch mit zwei, wenn nicht sogar mit weiteren drei in Zuge der sog. Sauerlandlinie rechnen müssen.

Häufig zu betonen, dass die Stadt die sich aus ihrer besonderen Lage ergebenden kulturellen Verpflichtungen insbesondere durch das Stadttheater, das Städtische Orchester, Bücherleihen, Museum usw. so weit wie möglich zu erfüllen versucht hat, auch unter erheblichen finanziellen Opfern (Ausgaben zum Kulturbetrag = rd. 2,5 Millionen DM jährlich).

Die besondere Sorge der Stadtväter, unter denen die Vertreter der SPD über die absolute Mehrheit verfügen, galt der Förderung fürsorglicher Einrichtungen und solchen, die der Erholung und dem Sport dienen. Sowohl das erst vor einigen Jahren erbaute städtische Altersheim wie auch eine Kindertagesstätte wurden wesentlich vergrößert, ein Schullandheim für Volksschulkinder ganz neu gebaut. Drei der vorhandenen konfessionellen Krankenhäuser wurden mit rund 7 Millionen DM unterstützt, um den Ausbau und die Modernisierung zu ermöglichen. Ausgehend von dem Grundsatz, dass Vorbeugen besser als Heilen ist, wurde der Bau von Sport- und Erholungsanlagen in jeder nur möglichen Weise gefördert. Besonders ragt dabei ein Sportstadion mit einem Fassungsvermögen von ca. 35 000 Zuschauern heraus, das zusammen mit einem Freizeithaus, einer Reithalle, Reitbahn, Tennisplätzen und einer Mehrzweckhalle ein Sportzentrum großen Stils zu werden verspricht.

Dieser kurze Überblick mag verdeutlichen, dass Stadtvertretung und Verwaltung unter Führung der SPD es trotz der finanziellen Kette verstanden haben, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um ein blühendes Leben auf allen kommunalen Gebieten zu ermöglichen.

- + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel